

Haushaltsrede 2013

CDU-Fraktion --- 14. März 2013

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Vertreter der Presse!

Ist Ostbevern wirtschaftlich „gesund“ oder „krank“?

Bürgermeister Joachim Schindler kritisierte mit Recht bei der Einbringung des Haushaltes 2013 den von der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf kreierten „Stärkungspakt Kommunen“. Seine Aussage: „Man macht Kranke nicht gesünder, in dem man auch die Gesunden Krank macht!“ vermittelt den Eindruck, als wären in Ostbevern die Finanzen noch in Ordnung.

Ist das so? Seit 2009 bis 2012 hat die Gemeinde ca. 9.0 Mio. € Verluste geschrieben. Die Ausgleichsrücklage ist aufgezehrt und die allgemeinen Rücklagen schrumpfen. Ostbevern wird von Jahr zu Jahr ärmer. Auch das Jahr 2013 macht mit einem geplanten Verlust von 2,8 Mio. € keine Ausnahme. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes zeichnet sich kein Silberstreif am Horizont ab. Zu befürchten ist deshalb, dass ein aus Düsseldorf verordneter „Aderlass“ auch Ostbevern finanziell in Richtung „Haushaltssicherung“ treibt.

Die negativen Folgen für die Kommunen im ländlichen Raum durch die bisher von der „rot-grünen“ Landesregierung erlassenen Gemeindefinanzierungsgesetze dürfen nicht hingenommen werden! Die in Düsseldorf festgesetzten Bemessungsgrundlagen bevorzugen ungerechtfertigt die Kreisfreien Städte. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion auch die rechtlichen Schritte gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012, die Ostbevern gemeinsam mit anderen Kommunen zur Abwendung der nicht nachvollziehbaren Ungleichbehandlung einleiten wird.

Die Verwaltung hat mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bereits der defizitären Haushaltslage Rechnung getragen und dem Rat einen Entwurf vorgelegt, der die schon im Vorfeld beschlossenen Investitionsmaßnahmen enthält und sich auch ansonsten auf das Wesentliche und Notwendige beschränkt.

Was sind die „Highlights“?

Gerade in Zeiten knapper finanzieller Mittel müssen Anstrengungen, Ostbevern zukunftsfähig zu halten, an erster Stelle stehen. Deshalb sind für uns drei zukunftsorientierte Projekte besonders erwähnenswert:

Mit dem Fällen der Birken am Nordring ist nun für alle der bevorstehende Baubeginn sichtbar. In der HFA-Sitzung am 23. August 2007 wurde NTS mit der Entwurfsplanung „Westumgehung“ beauftragt. Zwischenzeitlich haben sich die Ratsgremien in unzähligen Beratungen mit diesem Projekt befasst, von dem wir uns eine wesentliche Verkehrsentslastung für den Durchgangsverkehr auf der L 830, aber insbesondere auch für die Wischhausstraße erwarten. Als planerisches „Nebenprodukt“ sind die Baugebiete Kokamp I und Kokamp II entstanden, von denen Kokamp II jetzt in die zweite Phase startet. Kokamp I wartet noch auf Realisierung.

Ein Projekt mit einem Kostenrahmen von mehr als 4 Mio. € können wir nur „stemmen“, wenn die Landesmittel aus Düsseldorf fließen. Diese wurden kurzfristig Ostbevern zugeteilt, da eine Gemeinde im Kreis politisch von ihren Straßenbauplänen Abstand genommen hat. Glück für Ostbevern, denn bei der derzeitigen Haushaltslage des Landes sind Kürzungen zu erwarten und wer weiß, ob Ostbevern dann jemals eine Förderung für dieses Projekt erhalten hätte.

Die Baumaßnahmen werden vorübergehend sicher zu höheren Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger führen; die spätere Entlastung wird sie aber dafür entschädigen.

Im März 2006 wurde ein Aufstellungsbeschluss zu Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Ostesch“ gefasst sowie eine Änderungssperre beschlossen. Damit wurde das

Ziel verfolgt, die frei werdenden Grundstücksflächen und Gebäude des ehemaligen Umspannwerkes für „soziale/kulturelle“ Zwecke zu sichern.

Zuerst war nur die Nutzung fürs Jugendwerk angedacht, daraus wurde schnell ein „Begegnungszentrum“ und jetzt sind wir beim „Haus der Zukunft“.

Mit dem „BoxLernStall“ des Vereins Startbahn e.V. wurde dem ersten bestehenden Gebäude des alten Umspannwerkes mit viel Engagement Ostbeverner Firmen neues Leben eingehaucht. Heute kämpfen hier Jugendliche mit Hilfe des Sports erfolgreich gegen Lernschwäche und andere Probleme.

Dann nahm der „Fairteiler“ im zweiten bestehenden Gebäude seine segensreiche Arbeit auf, von der keiner ahnte, welchen Zuspruch diese Einrichtung finden würde. Heute hilft dieses Engagement die finanzielle Not vieler Bedürftiger in Ostbevern zu lindern.

Obwohl beim Erwerb des Umspannwerkes zuerst nur an das „Jugendwerk“ als Nutzer der vorhandenen Immobilien gedacht wurde, erhält es nun den Neubau. Das ist gut so! Die Jugendlichen lieferten Ideen und waren an der Planung aktiv beteiligt. Das schafft Identifikation mit den neuen Räumlichkeiten, die durch ihre Lage im Ort auch ein Mehr an Akzeptanz gegenüber dem bisherigen Standort im Gewerbegebiet bringen wird. Wir freuen uns, dass mit dem Bau jetzt begonnen werden kann und so die hervorragende Arbeit von Rainer Uthmann und seines Teams bessere Rahmenbedingungen erhält.

Dass die Feuerwehr dringenden Raumbedarf hat, steht außer Frage. Die erste Planung mit Aufstockung für neue Schulungsräume fand wegen des hohen Aufwands nicht die Zustimmung der CDU. Stattdessen wurde auf unseren Antrag das Nachbargrundstück einschließlich der Gebäude erworben. Hier können Unterrichtsräume, Büros und zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Dafür bleibt die Wohnung im Gerätehaus erhalten und das Gesamtgelände bietet weiterhin Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung. Unsere Entscheidung für die konventionelle Bauweise, Mehrkosten etwa € 40.000, ist u. E. durch zukünftig geringere Wartungskosten wirtschaftlich sinnvoll. Sie ist aber auch ein Signal unserer Wertschätzung des hervorragenden Einsatzes der gesamten Wehr.

Haben wir noch Spielraum für freiwillige Leistungen?

Trotz des bereits erwähnten Defizits von 2,8 Mio. € ist es uns ein großes Anliegen, die Zuwendungen für ehrenamtliches Engagement im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich nicht kürzen zu müssen. So konnte auf Antrag der CDU-Fraktion der Pfarrcaritas für den Neubau „Fairteiler/Kleiderstube“ ein Zuschuss von € 10.000 gewährt werden und ebenfalls auf unseren Antrag wird die Pfarrcaritas kurzfristig vertragliche Sicherheit für ihre Arbeit am neuen Standort erhalten.

Einem Antrag zur Erstellung einer Trinkwasserstelle in Ndaba/Ruanda mit einem Zuschuss von € 1875 stimmten wir zu. Die Finanzhilfe für „Honduras“ wurde eingestellt, da es keine partnerschaftliche Verbindung der Josef-Annegarn-Schule nach Honduras mehr gibt.

Positiv zu bewerten ist, dass nicht wie in vorausgehenden Haushaltsberatungen unwürdig gefeilscht, sondern im Vorfeld durch gemeinsame Gespräche Konsens erzielt wurde.

Dem Antrag des Jugendwerkes zur Erweiterung der Skateranlage haben wir nach Modifizierungsvorschlag der Verwaltung zugestimmt. Leider sind jetzt unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Jugendwerk aufgetreten und müssen ausgeräumt werden. Wichtig für uns ist jedoch am Ende eine Lösung, die den Interessen beider Seiten gerecht und nicht durch endlose Diskussionen blockiert wird.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen beantragte der BSV die Erweiterung der Rasenspielflächen im Beverstadion ohne konkrete Angaben über Kosten und benötigte Flächen. Deshalb richteten wir schriftlich eine Anfrage an die Verwaltung. Statt eine konkrete Antwort auf unsere Fragen zu bekommen, wurde nach Gesprächen mit dem BSV in der Ausschussvorlage ein neuer Vorschlag unterbreitet. Nämlich die Ertüchtigung der Sportanlagen in Brock, die mit neuer Flutlichtanlage ausgestattet werden sollte. Geschätzte Kosten: € 50.000!

Wenn der Bürgermeister ernsthaft daran interessiert ist, dass Vereinsnträge sauber entschieden werden können, dann sollten wenigstens die schriftlichen Anfragen ordnungsgemäß beantwortet werden. Ein Ausweichen auf einen neuen Vorschlag, der übrigens auch noch viele Fragen offen lässt, führt nur stockend zum Ziel.

Die CDU-Fraktion erkennt die gute Vereinsarbeit des BSV – insbesondere im Jugendbereich – an, die wir immer unterstützen. Durch zusätzliche „Schulangebote“ werden die Trainingszeiten immer mehr in den Abendbereich gedrängt und somit Flutlichtanlagen für den Freiluftsport immer notwendiger. Deshalb steht die CDU-Fraktion auch hinter dem erarbeiteten Konsens im Ausschuss, die Mittel für die Maßnahme in der Finanzplanung 2014 zu berücksichtigen. Bis dahin können dann noch alle offenen Fragen beantwortet werden.

Schon lange diskutiert Ostbevern das 925jährige Ortsjubiläum. Nach Auftaktveranstaltungen hat sich dankenswerterweise ein Organisationskomitee gebildet, das im Zusammenwirken mit den örtlichen Vereinen eine Palette interessanter Veranstaltungsvorschläge erarbeitet hat. Leider hat der Bürgermeister sowohl die Vereine als auch den Rat zu lange über die von der Gemeinde aufzubringenden Mittel im Unklaren gelassen. Die im Haushalt eingestellten 15.000 Euro finden die Unterstützung der CDU-Fraktion. Auch befürwortet die CDU-Fraktion die „Dienstleistungen“ der Gemeinde, die zum Gelingen aller Veranstaltungen notwendig sind. Sie sollten jedoch immer mit den Organisatoren abgestimmt und nachvollziehbar sein. Bedauerlich empfinden wir, dass – gerade im Verhältnis zur Nachbargemeinde Telgte – die frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigt wurde. Ein ermüdendes Aufzählen des Programms vor der Aufführung der „Moskitos“ und ein Verteilen des gedruckten Programms ist leider zu wenig. Hier sehen wir die Stabsstelle „Kulturförderung“ in der Verantwortung!

Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt schlug hohe Wellen. Festgestellt wurde z. B. ein rechnerisches Flächenpotenzial von 1.100m² an den Grundschulen. Dies entspricht einer jährlichen Haushaltsbelastung von ca. 110.000 Euro. Bis zum Jahr 2017 erhöht sich dieser Flächenüberhang auf 2.200m². Weiterhin empfiehlt die GPA sogar, den Bestand an Grundschulstandorten zu überprüfen.

Trotz dieser Zahlen akzeptieren wir das Ergebnis des Bürgerentscheides. Auch stehen wir voll hinter den Zielen der Inklusion, denn wir als CDU haben uns schon früh für integrativen Unterricht ausgesprochen und in Ostbevern umgesetzt.

Leider verweigert sich die Rot/Grüne Landesregierung, Richtlinien zum Raumbedarf an Schulen zu erlassen, sicherlich auch aus Furcht, finanzielle Leistungen an die Kommunen leisten zu müssen.

Die CDU-Fraktion nimmt die Empfehlungen der GPA ernst und wird diese – natürlich auch unter Berücksichtigung der Interessen von Schülern und Pädagogen – weiter verfolgen. Unbestritten ist die schulische Ausbildung unserer Kinder Grundlage und Voraussetzung für eine erfolgreiche persönliche, wie auch berufliche Entwicklung. Diesen Anspruch unterstützen wir uneingeschränkt. Jedoch sehen wir noch erheblichen Diskussionsbedarf bezüglich der Effizienz bei der Nutzung der bereitgestellten Räumlichkeiten.

Auch beim Bauhof sah die GPA Handlungsbedarf. Hier wurden daraus teilweise bereits Konsequenzen gezogen. Die CDU-Fraktion forderte in Anlehnung der ausgesprochenen Empfehlungen die Einführung einer „Kosten- und Leistungsrechnung“ für den Bauhof, um Art und Umfang der geleisteten Arbeit objektiv beurteilen zu können. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Kosten- und Leistungsrechnung mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand zu erarbeiten und einzuführen.

Der Haushalt 2013 enthält auch einige Positionen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Empfehlungen des „Integrierten Handlungskonzeptes“ stehen. Unsere Fraktion geht davon aus, dass die in Rede stehenden Projekte nur realisiert werden können, wenn auch die Landeszuweisungen entsprechend fließen! Leider hört man hier schon ernüchternde, wenig hoffnungsvolle Botschaften.

Gerade in den letzten Tagen wurde das „Integrierte Handlungskonzept“ zur Untermauerung des jeweiligen Standpunktes bzgl. der Belegung des Ortskernes angeführt. Wir erklären hier nochmals in aller Deutlichkeit, auch die CDU hätte lieber den Drogeriemarkt im Ortskern. Nachdem aber der letzte „Betreiberkandidat“ Rossmann – die Ketten dm und Müller hatten bereits Desinteresse signalisiert –

schriftlich mit eindeutigen Formulierungen abgesagt hat, sehen auch wir das am Rathaus angebotene Grundstück für die angestrebte Nutzung als ungeeignet an. Dies bestätigte auch eine von der Verwaltung hinzugezogener neutraler Planer!

Die Aussage von Rossmann als „Poker“ zu bezeichnen, ist insbesondere unter Berücksichtigung des bei der IHK geführten Gespräches verantwortungslos. Die Frage ist nicht wo, sondern vielmehr ob! Ein Drogeriemarkt muss nach Ostbevern, wenn wir unsere Gemeinde weiterhin als familienfreundlich bezeichnen wollen. Darum ist für uns der Standort im „Sondergebiet Wischhausstraße“ der einzige realistische Platz, überhaupt einen Drogeriemarkt nach Ostbevern zu holen. Auf die weitem negativen Folgen möchten wir in diesem Rahmen nicht eingehen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Am Rathaus“ haben wir die Überplanung des gesamten Karrees beantragt und auch beschlossen. Hier gibt es Möglichkeiten, neben lukrativen Ankermietern auch kleingliedrigen Einzelhandel und Gewerbe anzusiedeln. Dazu bedarf es aber auch einer nach außen sichtbaren optimistischen Erwartungshaltung, die Interessenten ermuntert, sich in Ostbevern selbständig zu machen. Verklebte Schaufensterscheiben und Aussagen: „Ohne Drogeriemarkt im Ortskern können wir unseren Laden dicht machen“, fördern nicht die Bereitschaft, sich in Ostbevern als „Einzelhändler“ oder „Dienstleister“ niederzulassen.

Im Rahmen der Veränderungen im Ortskern werden wir uns als „Politiker“ zukünftig auch mit Fragen der Verkehrsführung befassen müssen. Aber auch mit dem Problem der „Parkplatzablösung“ werden wir konfrontiert. Wir waren und sind bestrebt, dass jeder Investor seine Parkplätze auch auf seinem Grundstück plant und stehen einer Ablösung skeptisch gegenüber. Leider wird sich dies nicht immer vermeiden lassen. Deshalb unser Antrag, wenigstens einen kostendeckenden Ablösebetrag zu erheben. Den von uns vorgeschlagenen Ablösebetrag will die Verwaltung kalkulatorisch überprüfen, um „gerichtsfest“ zu sein. Danach soll die gemeindliche Satzung entsprechend angepasst werden. Diese Vorgehensweise fand einstimmige Akzeptanz.

Gerade die letzten Monate haben gezeigt, dass die Ratsgremien nicht gerade wenig tagen. Dennoch wird Verwaltung und Politik vorgeworfen, nicht entscheidungsfreudig

zu agieren. Wir ziehen uns diese Vorwürfe nicht an und werden alles tun, die Ursachen für diesen Eindruck abzustellen.

Wir vertreten die Auffassung, dass die von der SPD beantragten Projektgruppen, Arbeitskreise usw. nur die Diskussionszeiten und somit die Entscheidungszeiten verlängern. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Kommunikationsmängel auftreten und unrealistische Erwartungshaltungen fördern. Darum gehören diese Diskussionen in die Fachausschüsse. Im Bedarfsfall werden diese dann auch eine Bürgerbeteiligung zur Vorbereitung der Entscheidung beschließen. Auch so kann Bürgernähe praktiziert und trotzdem das Heft des Handelns in den Ratsgremien belassen werden.

Ausdrücklich möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion bei ehrenamtlich tätigen Damen und Herren in Ostbevern für ihren selbstlosen Einsatz im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich bedanken.

Herr Bürgermeister wir bitten Sie, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der CDU-Fraktion für die geleistete gute Arbeit zu übermitteln. Damit verbinden wir natürlich auch die Hoffnung, gemeinsam weiterhin Beschlüsse für Ostbevern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu fassen. Dies ist nur durch ein vertrauensvolles Miteinander von Verwaltung und Politik erreichbar.

Trotz vielfach gegensätzlicher Meinung in der Sache sind über Fraktionsgrenzen hinaus immer persönliche Angriffe unterblieben und wir haben uns ausschließlich an Sachfragen orientiert. Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass die Haushaltsberatungen 2013 in einer zielgerichteten und harmonischen Atmosphäre geführt wurden die den oftmals verbreiteten Eindruck eines persönlich zerstrittenen Gemeindeparlamentes Lügen straft. Dafür möchte ich mich bei Ihnen – sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates – bedanken.

Streit um die Sache sind Elemente der Demokratie – persönliche Verunglimpfungen beschädigen sie und erzeugen Verdrossenheit!

Rat und Verwaltung praktizieren seit langem eine disziplinierte Haushaltspolitik, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Dieser Haushalt beinhaltet seit Jahren wieder eine Kreditaufnahme für Investitionsmaßnahmen. Größere Sorgen bereitet uns die immer deutlicher werdende Liquiditätsschwäche, mit der Notwendigkeit zur Aufnahme von Kassenkrediten. Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eng kalkuliert und negative Abweichungen von Planungsansätzen – sowohl auf der Einnahmen, als auch auf der Ausgabenseite – dürfen nicht auftreten. Auch unsere Aufgabe wird es sein, auf Einhaltung der Plandaten zu achten um ggfs. korrigierend einzugreifen zu können.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2013 zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 14. März 2013, 18.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -